

Potenziale des EU-Binnenmarkts

Ergebnisse des EU-Integrationsindex

Jörg König

Dr. Jörg König leitet den Fachbereich Europa bei der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin.

Der EU-Binnenmarkt ist für seine Mitgliedstaaten eine Erfolgsgeschichte und bietet mittlerweile für über 500 Millionen EU-Bürger enorme Freiheiten und Möglichkeiten, die über Jahrzehnte europäischer Integration errungen wurden. Die Potenziale des gemeinsamen Marktes sind aber nach wie vor nicht voll ausgeschöpft. Weitere Liberalisierungsbemühungen sollten unternommen werden. Dies zeigt auch der hier vorgestellte EU-Integrationsindex, der den Integrationsgrad der einzelnen EU-Mitgliedstaaten misst und über den Zeitverlauf analysiert. Für Österreich bieten sich zum 20-jährigen Jubiläum seiner EU-Mitgliedschaft weitere Integrationsmöglichkeiten, beispielsweise bei den ausländischen Direktinvestitionen und den hierfür notwendigen Verbesserungen der Angebotsbedingungen. Die europäische Integration der österreichischen Volkswirtschaft kann insgesamt aber positiv bewertet und Österreich der Ländergruppe eines „Kerneuropas“ zugeordnet werden.

1. Der EU-Binnenmarkt als Fundament europäischer Integration

Die „Euro-Rettungspolitik“ der letzten Monate und Jahre hat dazu beigetragen, dass vermehrt der € und weniger der gemeinsame Binnenmarkt als das Kernstück der europäischen Integration wahrgenommen wird. Getreu dem politischen Mantra „scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ wird unentwegt argumentiert, dass ein Euro-Austritt eines Landes nicht nur den Fortbestand der Währungsunion gefährden würde, sondern die gesamte Europäische Union und ihre Integrationsidee einer „ever closer union“ zu Fall bringen könnte. Jedes Land müsse demnach zwingend in der Eurozone gehalten werden – koste es, was es wolle, auch wenn dadurch gemeinsam getroffene Regelungen und Prinzipien gebrochen und institutionelle Kompetenzen überschritten werden. Die Wandlung der Währungs- zu einer Transferunion wird ungeachtet negativer Anzeizeffekte für hochverschuldete Staaten und eines europaweiten Vorrückens extrem national orientierter Parteien weiter vorangetrieben, was die europäische Integration mehr denn je gefährdet (König, 2015).

Europa ist jedoch vielmehr als ein gemeinsamer Währungsraum. Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951,

über die Römischen Verträge 1957, die Errichtung einer Zollunion 1968, die Einheitliche Europäische Akte 1986, bis hin zur offiziellen Schaffung des EU-Binnenmarktes 1993: über mehrere Jahrzehnte wurden Waren und Dienstleistungen liberalisiert, Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft sowie Personenfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit hergestellt. Trotz integrationshemmender „Eu-rosklerose“ in den 1970er und 1980er Jahren wurde zudem ein gemeinsames Regelwerk erschaffen, das der EU-Bevölkerung und den Wirtschaftsteilnehmern hierfür die notwendige Rechtssicherheit bietet.

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“, mutmaßte der damalige EU-Kommissionspräsident *Jacques Delors* zwar Ende 1992. Derweil haben jedoch mehr als 20 Jahre Erfahrung gezeigt, dass ein großer freiheitlicher Markt mit einem funktionierenden Ordnungsrahmen in den EU-Mitgliedstaaten insgesamt zu mehr Wettbewerb, Innovation, Beschäftigung und Wohlstand geführt hat. Zwar kommen einzelne Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen über das numerische Ausmaß der Integrationseffekte in der EU (*Badinger*, 2005; *Ilzkovitz et al*, 2007; *Bertelsmann Stiftung*, 2014), die Effekte werden aber durchweg positiv für die teilnehmenden Volkswirtschaften bewertet. Mit seinen freien Grenzen und wirtschaftlichen Verflechtungen bietet der Binnenmarkt schließlich ein solides Fundament für ein politisch und ökonomisch geeintes Europa und sollte daher als das wahre Kernstück europäischer Integration verstanden werden, auch wenn viele der gewonnenen Vorteile mittlerweile als Selbstverständlichkeit empfunden werden.

In Anbetracht der positiven Effekte des gemeinsamen Binnenmarktes ist es erstaunlich, dass einige Volkswirtschaften von diesen Vorteilen erheblich weniger Gebrauch machen als andere. Es scheint, als seien diese EU-Mitgliedstaaten relativ schwach in die EU integriert und mit ihren EU-Partnern weniger eng verbunden. Doch ist die europäische ökonomische Integration von Nationalstaaten überhaupt gesamthaft adäquat messbar? Wie ließe sich dies anschaulich - anhand einer einzigen statistischen Größe - darstellen, ohne auf relevante Informationen anderer Variablen verzichten zu müssen? Hat sich die europäische Integration eines EU-Staates sowie der gesamten europäischen Gemeinschaft über den Zeitverlauf verschlechtert und in welchen Bereichen herrscht integrationspezifischer Nachholbedarf?

2. Der EU-Integrationsindex

Der sogenannte „EU-Integrationsindex“ (*König/Ohr*, 2012 und 2013, siehe www.eu-index.org) hat sich zum Ziel gesetzt, auf die gestellten Fragen eine Antwort zu geben, indem die ökonomische Interdependenz der EU-Mitgliedstaaten analysiert wird. Mithilfe dieses Indexes kann gemessen werden, wie intensiv die einzelnen Länder in die Europäische Union integriert sind und sich ihre Integrationsfähigkeit und -bereitschaft im Zeitverlauf verändern.

2.1 Auswahl und Aggregation der Indikatoren

Die jeweilige Integrationstiefe eines Landes wird anhand von 25 Indikatoren ermittelt, die dessen vielfältige Integrationsbeziehungen auf unterschiedlichen Märkten sowie im Hinblick auf verschiedene ökonomische Zielgrößen erfassen. Dabei werden vier wesentliche Gruppen von Indikatoren unterschieden: (1) **Verflechtungsindikatoren**, (2) **Indikatoren der Homogenität**, (3) **Indikatoren der Konjunktursymmetrie** und (4) **Indikatoren der institutionellen Integration**.

Die Indikatoren der Gruppe 1 geben Auskunft über die direkten Austauschbeziehungen eines Landes mit seinen EU-Partnern auf den Güter- und Faktormärkten. Sie sind so gewählt, dass sie die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes repräsentieren und die EU-Verflechtungen sowohl in ihrem Anteil am Welthandel als auch in ihrer Offenheit am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP) widerspiegeln. Erfasst wird entsprechend der intra-europäische Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital (Direktinvestitionen) und Arbeit (Erwerbstätige).

Die Indikatoren der Gruppe 2 messen einerseits Konvergenzprozesse, die sich gemäß ökonomischer Theorie erwarten lassen (zB „law of one price“ für langfristig konvergierende Preisniveaus oder „Lerner-Samuelsson-Theorem“ für sich langfristig angleichende Arbeitskosten) und andererseits Konvergenzziele, die von der EU selbst formuliert und forciert werden (zB Harmonisierung der Steuern oder Angleichung der Lebensverhältnisse über die EU-Kohäsionspolitik). Zudem wird die Homogenität der Mitgliedstaaten auch über die Solidität ihrer Staatsfinanzen bzw die Höhe ihrer Schulden sowie ihrer Refinanzierungskosten ermittelt. Erfasst werden in dieser Gruppe das reale Pro-Kopf-Einkommen, Kaufkraftstandards, Arbeitskosten pro Stunde, Zinssätze für Staatsanleihen, Staatsschuldenquote und implizite Steuersätze auf Konsum sowie Kapital - jeweils in Relation zum Durchschnittswert der übrigen EU-Mitgliedsstaaten.

Die Indikatoren der Gruppe 3 überprüfen die gleichgerichteten Entwicklungen von konjunkturellen Größen zwischen den EU-Staaten. Eine länderübergreifende Konjunktursymmetrie ist insbesondere für eine effiziente Geld- und Währungspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) relevant. Da die Länder der Eurozone ex ante eine relativ heterogene Gemeinschaft bildeten und auch die Maastrichter Konvergenzkriterien dem eigenen Anspruch nicht gerecht werden konnten (Ohr, 1993; Feldstein, 1997), kann eine „optimale Währungsunion“ theoretisch nur noch ex post über die intensive Nutzung des gemeinsamen Binnenmarktes erreicht werden (Frankel/Rose, 1998). Um den Grad der Konjunktursymmetrie zu erfassen, werden Korrelationsanalysen zwischen den EU-Staaten für Wirtschaftswachstum, Inflationsrate, Veränderung der Arbeitslosenquote sowie Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte hergestellt.

Die Indikatoren der Gruppe 4 erfassen die Partizipation und Konformität eines Landes mit dem institutionellen Regelwerk der EU - de jure und de facto. Konkret werden die Teilnahme am Schengen-Abkommen, die Mitgliedschaft in der Eurozone bzw im Wechselkursmechanismus-II gewertet und Mahnschreiben bezüglich Vertragsverletzungen sowie Verurteilungen durch den Europäischen

Gerichtshof (EuGH) bezüglich Binnenmarkt, Umwelt- und Verbraucherschutz und anderer Rechtsgebiete gemessen.

Um die Einzelindikatoren und Teilindizes aggregieren zu können und die Werte über den Zeitverlauf vergleichbar zu machen, werden die Daten zur Standardisierung einer „Panel-Normalisierung“ unterzogen, bei der die Referenzwerte aus dem gesamten Betrachtungszeitraum gewonnen werden. Dies erlaubt es zudem, die Sensitivität der Resultate gegenüber Extremwerten zu reduzieren und den Index robuster zu machen. Die Gewichtungen der Indikatoren und Teilindizes sind nicht a priori gesetzt, sondern unter Zuhilfenahme eines statistischen Verfahrens – der Hauptkomponentenanalyse – objektiv ermittelt worden. Gemäß den Berechnungen der Hauptkomponentenanalyse, fließen die Indikatoren der Binnenmarktverflechtungen mit dem größten Gewicht in den Index ein, was die Relevanz des EU-Binnenmarkts für die europäische Integration nochmals unterstreicht. Insgesamt lässt sich mit dem EU-Integrationsindex der Grad der Integration für jedes Land und gewählte Ländergruppen jährlich bestimmen und Unterschiede im Integrationsniveau auf die einzelnen Teilindizes und Indikatoren zurückverfolgen.

2.2 Anwendungsbeispiele des EU-Integrationsindexes

Anhand des EU-Integrationsindexes konnte in wissenschaftlichen Studien ua folgendes festgestellt werden:

- Die EU-Mitgliedstaaten haben sich seit Gründung der Währungsunion 1999 zwar im Durchschnitt weiter vertieft, einige Länder sind jedoch weit hinter ihren Möglichkeiten geblieben und die Heterogenität hat innerhalb der EU weiter zugenommen. Diese Heterogenität erschwert nicht nur zukünftige Vertiefungsprozesse, sondern stellt auch vorangegangene Integrationschritte für manche Länder in Frage. Ein „Europa der mehreren Geschwindigkeiten“ sowie ein „Kerneuropa“ sind statistisch nachweisbar (*König/Ohr, 2013*).
- Der EU-Binnenmarkt hat in den ersten 20 Jahren seit 1993 positiv auf das Wirtschaftswachstum der Mitgliedstaaten gewirkt. Dänemark, Deutschland und Österreich verzeichneten mit einem Zuwachs von jährlich 500 Euro, respektive € 450 und € 280 pro Kopf, die höchsten Integrationsgewinne (*Bertelsmann Stiftung, 2014*).
- Der EU-Binnenmarkt hat nicht nur einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, sondern auch auf die Lebenszufriedenheit der EU-Bürger. Aufgrund höherer Produktvielfalt, günstigerer Preise und größerer Möglichkeiten für die Arbeitsplatzfindung gilt: je höher die wirtschaftliche Integration eines Landes in den EU-Binnenmarkt, desto „glücklicher“ die eigene Bevölkerung (*König, 2014*).
- Auch Nicht-EU-Mitglieder wie die Schweiz sind stark mit der EU verwoben. Insbesondere bei den Binnenmarktverflechtungen ist die Schweiz stärker integriert als viele EU-Staaten und sie befindet sich diesbezüglich in einem um die Schweiz erweiterten Integrationsindex hinter Belgien und Irland an dritter Position. Bei den Konsultationen zwischen der Schweiz und der

Europäischen Kommission in Bezug auf die Beschränkung der Personenfreizügigkeit seitens der Schweiz und etwaiger Kündigungen der bilateralen Verträge seitens der Kommission steht demnach viel auf dem Spiel (*König/Ohr*, 2014).

- Weitere Nicht-EU-Mitglieder wie Norwegen, die Türkei und die USA sind hingegen weitaus weniger integriert als die Schweiz oder der EU-Durchschnitt. Lediglich beim Binnenmarkt weist Norwegen eine höhere Integration als der EU-Durchschnitt aus sowie die USA bei den Konjunkturindikatoren (*Plaschnick/Jans*, 2015).

3. Ergebnisse des EU-Integrationsindex mit Fokus auf Österreich

Die Ergebnisse des aktuellen EU-Integrationsindex sind in *Tabelle 1* dargestellt.¹ Mit besonderem Fokus auf Österreich, dass dieses Jahr zusammen mit Finnland und Schweden 20 Jahre EU-Mitgliedschaft feiert, zeigt sich, dass die österreichische Volkswirtschaft stark in die EU integriert ist. Mit 69,6 von theoretisch möglichen 100 Indexpunkten liegt Österreich, hinter Irland und dem erstplatzierten Belgien, noch vor den beiden gewichtigen EU-Gründungsmitgliedern Deutschland und Frankreich an dritter Position. Anders als beispielsweise Schweden oder das krisengeplagte Griechenland konnte sich Österreich in den vergangenen Jahren in seiner Integrationstiefe zudem erheblich steigern. Zwar haben sich alle Mitgliedstaaten tiefer in die EU integrieren können – auch wenn dies bei Griechenland nur minimal der Fall war und es seit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 von den neuen Mitgliedern sogar überholt wurde –, die EU-Integration Österreichs hat sich seither aber stärker als der EU-Durchschnitt und viele Nachbarstaaten erhöht.

¹ Aufgrund fehlender Daten für einige Mitgliedstaaten beziehen sich die Werte des aktuellen EU-Integrationsindex auf die EU-25-Mitglieder und die Jahre 2004 bis 2012.

Tabelle 1: Ergebnisse des EU-Integrationsindex

EU-Index 2004			EU-Index 2012		
Rang	Land	Punkte	Rang	Land	Punkte
1	Belgien	66.3	1	Belgien	75.3
2	Niederlande	59.9	2	Irland	70.5
3	Irland	58.3	3	Österreich	69.6
4	Finnland	57.8	4	Deutschland	66.1
5	Zypern	56.1	5	Frankreich	66.0
6	Deutschland	56.1	6	Niederlande	65.5
7	Österreich	56.0	7	Slowakei	65.5
8	Spanien	55.3	8	Finnland	65.1
9	Frankreich	52.9	9	Spanien	64.3
10	Dänemark	51.7	10	Slowenien	63.3
11	Portugal	51.5	11	Malta	62.5
12	Schweden	50.9	12	Tschechische Republik	61.3
13	Italien	50.1	13	Zypern	60.8
14	Malta	50.0	14	Italien	60.4
15	Vereinigtes Königreich	48.2	15	Portugal	59.6
16	Slowenien	47.8	16	Dänemark	57.3
17	Estland	47.6	17	Vereinigtes Königreich	56.8
18	Tschechische Republik	47.4	18	Estland	56.3
19	Slowakei	46.9	19	Schweden	55.3
20	Griechenland	46.2	20	Litauen	53.5
21	Polen	44.9	21	Ungarn	51.9
22	Ungarn	43.7	22	Lettland	51.7
23	Litauen	39.9	23	Polen	50.7
24	Lettland	36.2	24	Griechenland	46.8
	EU-Durchschnitt	51.9		EU-Durchschnitt	61.4

Quelle: www.eu-index.org

Anders als vielleicht vermutet zeigt ein näherer Blick in die Teilindizes, dass die insgesamt starke Zunahme der österreichischen EU-Integration weniger einer intensivierten Binnenmarktintegration zuzuschreiben ist. Die tiefere Integration Österreichs kommt vor allem aufgrund höherer Werte in den Konjunkturindikatoren sowie in den Indikatoren der institutionellen Konformität zustande (vgl. *Tabelle 2*).

Tabelle 2: Österreichs EU-Integration im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt

	Binnenmarktverflechtung		Konvergenz		Konjunktursymmetrie		Konformität	
	2004	2012	2004	2012	2004	2012	2004	2012
Österreich	43,84	46,93	84,13	78,33	28,9	82,68	68,3	92,21
EU-Durchschnitt	35,36	36,76	73,58	72,09	46,42	76,58	63,55	84,06

Quelle: www.eu-index.org

Während die Konjunktursymmetrie Österreichs 2004 noch unterdurchschnittlich ausgeprägt war, befindet sie sich nunmehr oberhalb des EU-Durchschnitts. Insbesondere in die Indikatoren Wirtschaftswachstum und Finanzierungssaldo des Staates haben in Österreich zu dieser Entwicklung beigetragen. Bis 2008 konnte die Konjunktur nicht nur in Österreich, sondern in allen Mitgliedstaaten EU-weit angeglichen werden. Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise Ende 2008 hat die Symmetrie jedoch wieder abgenommen und geht auch tendenziell weiter zurück.

Bei der institutionellen Konformität hat sich Österreich ebenfalls besser als der EU-Durchschnitt entwickelt. Sowohl die Anzahl der eingeleiteten EU-Vertragsverletzungsverfahren als auch die Verurteilungen Österreichs (bzw österreichischer Unternehmen) durch den EuGH haben sich seither deutlich und sektorenübergreifend reduziert. Beispielsweise konnten in dieser Zeit die Mahnschreiben der EU-Kommission (erste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens) an Österreich von 60 auf 30 halbiert werden.

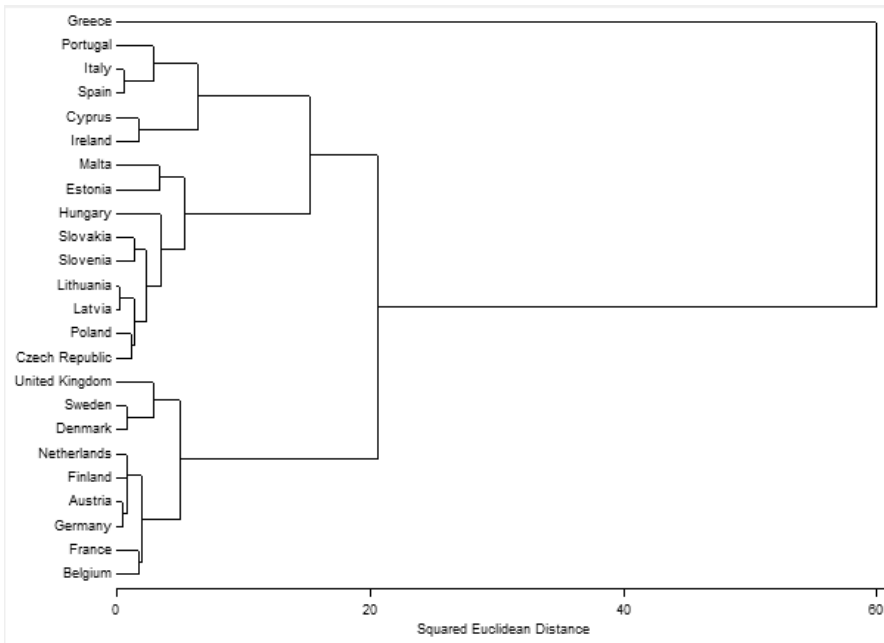
Die Binnenmarktintegration Österreichs befindet sich zwar ebenfalls oberhalb des EU-Durchschnitts und hat sicherlich auch zur verbesserten Konjunktursymmetrie beigetragen, allerdings hat sich hier die Integration in Österreich (wie auch in einigen anderen Mitgliedstaaten) weniger deutlich verbessert. Dies ist einerseits sicherlich der Tatsache geschuldet, dass die Volkswirtschaften aufstrebender Schwellenländer außerhalb Europas in den vergangenen Jahren an Attraktivität zugenommen haben und der Handel verstärkt mit diesen Ländern intensiviert wurde. Andererseits zeigen einige Verflechtungsindikatoren für Österreich noch Verbesserungspotential. So scheint Österreich beispielsweise für ausländische Kapitalinvestitionen weniger attraktiv geworden zu sein. Gemessen am Anteil intra-europäischer Direktinvestitionen befindet sich Österreich EU-weit an fünftschlechtester Position. Nicht nur die meisten osteuropäischen Mitgliedstaaten attrahieren hierbei relativ mehr Kapital, auch ältere EU-Mitglieder wie Finnland oder Belgien sind stärker integriert. Auch bei der Kapitalverflechtungsoffenheit - Direktinvestitionen gemessen am eigenen BIP - ist die Positionierung Österreichs nicht viel besser. Der österreichische Wirtschaftsstandort droht demnach an Attraktivität einzubüßen und sollte an seinen Angebotsbedingungen für private Investitionen feilen.

Ein Blick auf die Konvergenzindikatoren zeigt, dass Österreich insbesondere bei den Arbeitskosten Möglichkeiten für angebotsseitige Verbesserungen hat. Wie auch neueste Untersuchungen zeigen, haben sich die Arbeitskosten in Österreich in den letzten Jahren stetig erhöht (*Wirtschaftskammer Österreich*, 2015). Geringere Arbeitskosten würden sich positiv auf eingehende Kapitalin-

vestitionen und den gesamten Außenhandel auswirken. Eine intensivere Binnenmarktverflechtung könnte außerdem positive Effekte auf die Konjunktursymmetrie haben, die für eine effiziente Geld- und Währungspolitik in der Eurozone (aufgrund des „one size fits all“) notwendig ist.

Seit einigen Jahren hat jedoch die Heterogenität in der EU zugenommen (König/Ohr, 2013). Dies ist nicht zwangsläufig durch die EU-Osterweiterung bedingt, sondern auch zwischen den alten EU-Mitgliedstaaten der Fall. Wie *Abbildung 1* verdeutlicht, scheint die EU mindestens zweigeteilt zu sein. Eine Clusteranalyse, die die Länder mit den größten Ähnlichkeiten in den 25 Integrationsindikatoren aufdeckt, identifiziert einerseits eine „Kerngruppe“ um die EU-Gründungsmitglieder Belgien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande sowie Österreich und Finnland. Mit etwas Abstand zu der Kerngruppe hat sich zudem eine homogene Ländergruppe um die EWU-Outs Dänemark, Schweden und Großbritannien ergeben, die der Kerngruppe jedoch wesentlich näher steht als einige Länder der Eurozone. Andererseits scheint es eine in sich relativ homogene Gruppe um die osteuropäischen Staaten zu geben, die zur Kerngruppe bezüglich der Integrationstiefe aber einen relativ großen Abstand hat. Des Weiteren bilden ehemalige und aktuelle „Krisenstaaten“ der Eurozone eine noch weiter entfernte Gruppe. Griechenland scheint zudem fernab jeglicher Integrationsbestrebungen zu sein und ist sogar in Bezug zu dieser Krisengruppe heterogen.

Abbildung 1: Homogene Ländergruppen in der EU



Quelle: www.eu-index.org

Es zeigt sich somit, dass ein „Europa der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten“ bereits Realität geworden ist. Und dies nicht nur aufgrund einiger Vergleiche der staatlichen Schuldenquoten oder preislichen Wettbewerbsbedingungen, sondern unter Berücksichtigung aller Integrationsindikatoren. Möchte die EU dieser bedenklichen Entwicklung entgegentreten, muss sie Anreize für bessere Integrationsbeziehungen setzen. Insbesondere die Potenziale des EU-Binnenmarkts sind noch nicht voll ausgeschöpft. Die vier Grundfreiheiten und sollten weiter liberalisiert und Integrationshemmnisse abgebaut werden, wie auch andere Wissenschaftler seit längerem fordern. (*Kronberger Kreis*, 2012). Die von der EU-Kommission initiierten „Binnenmarkt-Akten I und II“ sind Schritte in die richtige Richtung, ebenso wie die angestrebte „Kapitalmarktunion“.

4. Fazit

Der gemeinsame Binnenmarkt kann als das Fundament europäischer Integration betrachtet werden. Soweit sie eine Erfolgsgeschichte war, verdankt sie dies dem gemeinsamen Markt, in welchem sich nunmehr über 500 Millionen Europäer über nationale Grenzen hinweg frei bewegen und wirtschaften können. Der Binnenmarkt eröffnet den Unternehmen und Arbeitnehmern nicht nur weitere Absatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern ermöglicht den Konsumenten durch einen intensivierten Wettbewerb und einer effizienteren Produktion auch eine höhere Angebotsvielfalt zu günstigeren Preisen. Zudem können intensive Binnenmarktverflechtungen zwischen den Mitgliedstaaten die angestrebte ökonomische Konvergenz verbessern und die Volkswirtschaften auch in ihren Konjunkturzyklen angleichen, um exogene Schocks besser abfedern zu können.

Die Ergebnisse des EU-Integrationsindex, mit dem die Integrationstiefe der einzelnen Mitgliedstaaten identifiziert werden kann, zeigen, dass noch nicht alle Potenziale des Binnenmarktes ausgeschöpft sind. Einerseits muss es auf der Ebene der EU weitere Liberalisierungsbemühungen geben, um das identifizierte Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten aufzuhalten. Andererseits sollten auch die Nationalstaaten bemüht sein, ihre Verflechtungen zu intensivieren und hierfür bessere Angebotsbedingungen zu gewährleisten. Im Fall Österreichs, dessen EU-Integration insgesamt sehr positiv zu bewerten ist, ergeben sich beispielsweise bei den ausländischen Direktinvestitionen noch Integrationsmöglichkeiten. Dies trifft ebenso auf hierfür günstigere Investitionsbedingungen wie niedrigere Arbeitskosten zu. Im Fall Griechenlands scheint der Integrationsweg hingegen wesentlich langwieriger und komplexer zu sein, da die griechische Integrationsfähigkeit und -bereitschaft derzeit außerordentlich gering ist, wie Griechenlands Platzierungen im EU-Integrations-Index verdeutlichen.

Literaturverzeichnis

- Badinger, H.*, Growth Effects of Economic Integration: Evidence from the EU Member States, *Review of World Economics* 141 (2005) 50–78
- Bertelsmann Stiftung* (Hrsg), 20 Jahre Binnenmarkt – Wachstumseffekte der zunehmenden europäischen Integration, Gütersloh (2014)
- Feldstein, M.*, The Political Economy of the European Economic and Monetary Union: Political Sources of an Economic Liability, *Journal of Economic Perspectives* 11, Kiel (1997) 23–42
- Frankel, J./Rose, A.*, The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria, *Economic Journal* 108, Chichester (1998) 110–1025
- Ilzkovitz, F./Dierx, A./Kovacs, V./Sousa, N.*, Steps towards a deeper economic integration: the internal market in the 21st century, A contribution to the Single Market Review, European Commission ECFIN Economic Paper 271, Brüssel (2007)
- König, J.*, Measuring European Economic Integration, eDiss – Dissertation, Georg-August-Universität Göttingen (2014)
- König, J.*, Die Quittung für die Griechenlandrettung, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin (2015), abrufbar unter www.markt-ruf.de, zuletzt abgerufen am 16. 7. 2015
- König, J./Ohr, R.*, Messung ökonomischer Integration in der Europäischen Union – Entwicklung eines EU-Integrationsindexes, cege-Diskussionspapier 138, Göttingen (2012)
- König, J./Ohr, R.*, Different Efforts in European Economic Integration: Implications of the EU Index, *Journal of Common Market Studies* 51, Chichester (2013) 1074–1090
- König, J./Ohr, R.*, Schweiz ist stärker EU-integriert als viele Mitgliedsländer, *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 184 (12. 8. 2014) 21
- Kronberger Kreis*, Wie viel Koordinierung braucht Europa?, *Kronberger Kreis-Studien* Nr 55, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin (2015)
- Ohr, R.*, European Monetary Union – The Right Way Forward for Europe?, *De Pecunia* V, Brüssel (1993) 11–22
- Plaschnick, B./Jans A.*, Ökonomische Integration der Schweiz und ausgewählter weiterer Nicht-EU-Länder in den europäischen Binnenmarkt: Ein empirischer Vergleich, SML Working Paper Nr 7, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürich (2015)
- Wirtschaftskammer Österreich*, Agenda 2015: Mehr für unsere Betriebe unternehmen, Wien (2015)

Abstract

JEL-No: F15

Tapping the potentials of the Single Market – Results from the EU-Index of Integration Efforts

The EU Single Market is a great success story for its member states. Meanwhile, more than 500 million people benefit from the liberalization of goods, services, capital and labour markets. However, the common market still leaves room for more integration and its potentials are not yet fully exploited. More liberalization efforts are needed – especially with regard to the tendency of rising economic heterogeneity within the EU. This is also shown by the here discussed “EU-Index” that measures the individual integration efforts of the EU member states. Austria’s level of EU-integration illustrates that more efforts can be undertaken in the degree of its foreign direct investments. Also a reduction in labour costs could lift the Austrian economy to a next integration level. Nevertheless, Austria is well integrated in the EU and belongs to a “core group” of countries with regard to European integration.

